

Islamischer Terrorismus

Ein selbstkritischer „Dialog der Kulturen“
ist jetzt gefragt

von Udo Steinbach

Noch ist keineswegs ausgemacht, dass die islamische Welt zunehmend, ja unaufhaltsam dem Fundamentalismus verfällt, wie manche Beobachter des Raumes zwischen Nordafrika und Indonesien meinen. Dies auch dann nicht, wenn es zutreffen sollte, dass die Bilder von den zusammenstürzenden Twin Towers des World Trade Center bei vielen Muslimen ein Gefühl der Genugtuung ausgelöst haben sollen, dass es „denen“ (nämlich den USA) „endlich einmal einer gezeigt“ habe. Wenn Osama *Bin Laden* populär ist, dann nicht, weil er die Tat im Namen des Islam vollbracht und damit der Religion Respektabilität verliehen hat, sondern weil sie als ein Befreiungsschlag gegen politische Dominanz wahrgenommen wird, die in der vom Islam geprägten Welt weithin als erdrückend empfunden wird.

Die Frage nach der Zukunft dieser Welt unter dem Aspekt des Stellenwerts der Religion in Politik und Gesellschaft und mit Blick auf die Beziehungen zum Westen und einer von diesem geprägten Moderne geht mit hin in zwei Richtungen: zum einen in Richtung auf den Islam selbst; zum

andern auf die Politik des Westens, insbesondere der USA. Offensichtlich wird die Politik „des Westens“ in islamischen Koordinaten als problematisch, ja provokativ empfunden.

Die Reaktion auf den 11. September 2001 unter Muslimen ist widersprüchlich und diffus. Noch immer ist der Zweifel weit verbreitet, ob die von den USA genannten Drahtzieher des Terrorakts die wirklichen Täter sind; schließlich seien noch immer keine Beweise vorgelegt worden. Davon abgeleitet grassiert denn auch die Verschwörungstheorie, dass nämlich die USA bzw. Israel hinter dem Anschlag steckten. Dem stehen Stellungnahmen zahlreicher Persönlichkeiten im islamischen Raum gegenüber, die den Terrorakt nachhaltig verurteilen. Zwar ist auch bei ihnen Vorsicht zu erkennen, hinter dem Anschlag die Hand von Muslimen zu sehen. Auf der andern Seite versucht man die Gelegenheit zu ergreifen, sich von der Verbindung mit im Namen des Islam ausgetragener Terror zu lösen.

Dies gilt vor allem für den pakistanischen Militärmachthaber, General Pervez *Musharraf*. Nach anfänglichem Zögern war die von ihm durchgesetzte Unterstützung Pakistans für die Militäroperationen eine wesentliche Voraussetzung für den Kollaps des vormals von Islamabad unterstützten Taliban-Regimes und

Prof. Dr. Udo Steinbach,
Direktor des Deutschen
Orient-Instituts, Hamburg.

für die Einsetzung einer neuen Regierung in Kabul. Den im Januar 2002 eskalierenden Konflikt mit Indien nutzte der General, um darüber hinaus erste Schritte gegen die extremistischen Gruppen einzuleiten, die sich seit den Tagen des Militärmachthabers *Zia ul-Haq* (1977–1988) in zunehmendem Maße dem Kampf um die Befreiung Kaschmirs gewidmet und einen nachhaltigen Einfluss in der pakistanischen Politik insgesamt hatten erringen können. Damit eröffnen sich Perspektiven, die politische Vision des Staatsgründers Mohammed Ali *Jinnah* zu verwirklichen, einen islamischen Staat säkularer Verfasstheit zu gründen, eine Vision, die offenbar von *Musharraf* geteilt wird.

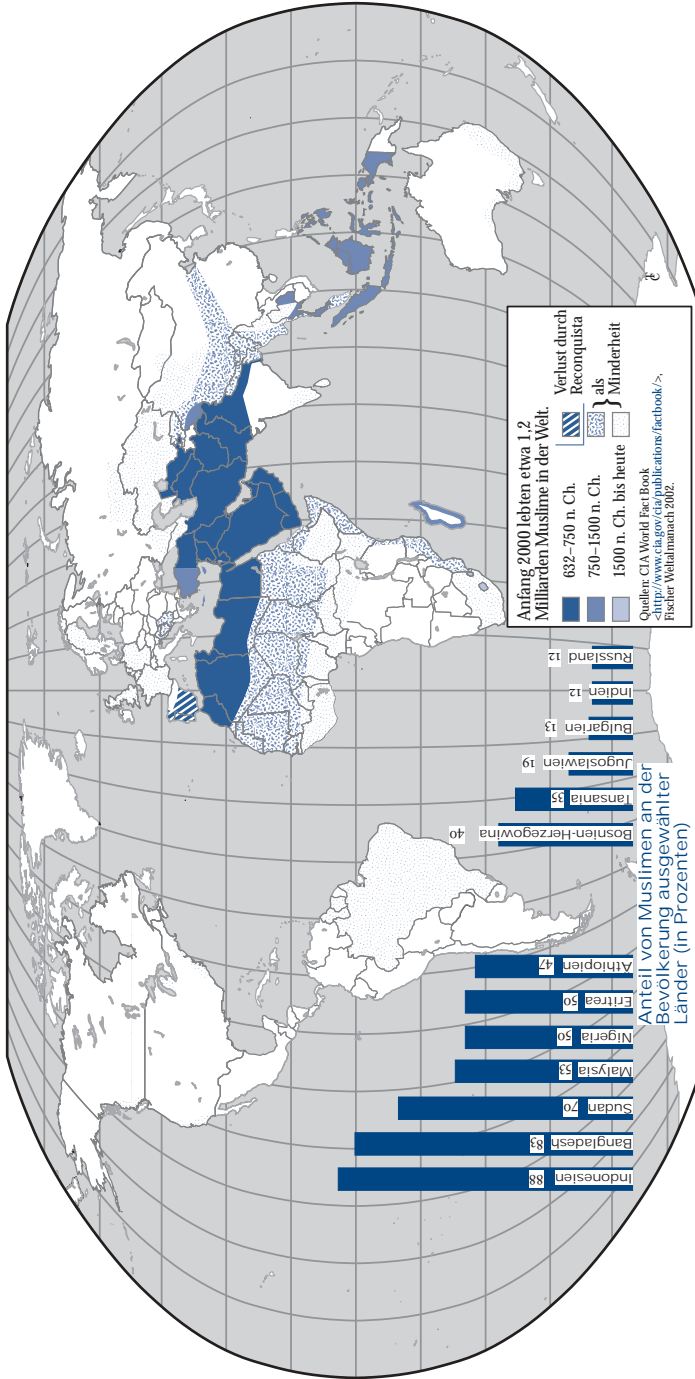
Auch in Iran war – quer durch die politischen Lager – die Verurteilung des Terrorakts eindeutig. Auch wenn sich das Regime auf Grund innerer Verwerfungen schwer tat, der amerikanischen Militäroperation unmittelbare Unterstützung zu gewähren, war doch das Interesse Teherans am Verschwinden der Taliban nicht zu übersehen; zu viele Interessendivergenzen hatten sich seit deren Machtübernahme nach 1994 ergeben. Liberale Politiker forderten offen, die Gelegenheit zu ergreifen, durch aktive Teilnahme an der Antiterrorallianz die Kluft zu Washington zu überbrücken. Die Unterstützung der Nordallianz durch Teheran im Kampf gegen die Taliban und die Indifferenz gegenüber der alten, von den Taliban vertriebenen Politikergarde, die in Teheran Zuflucht gesucht hatte, waren nicht minder wichtige Beiträge zum politischen Wandel in Kabul, als sie

von Islamabad geleistet wurden. Auch kamen aus Teheran starke Worte, insbesondere aus dem Munde von Präsident Mohammed *Khatami*, die die Verbindung von Islam und Terror verurteilten.

Dass sich schließlich die Türkei nachhaltig in das Lager der Antiterrorallianz stellte und Ankara den Terror in jeder Form verurteilte, liegt in der Tradition der laizistischen Verfasstheit des Landes. Die kemalistische Staatselite konnte auf ihren Kampf gegen den Terror der kurdischen PKK verweisen und auch darauf, dass man in Ankara nachhaltig vor den Gefahren des islamischen Fundamentalismus gewarnt habe. Darauf, dass dies mit Blick auf demokratische Prinzipien im Zusammenhang mit der Bekämpfung des Terrors auch bedenkliche Aspekte hat, wird noch einzugehen sein.

Diese komplexen Reaktionen auf den 11. September 2001 widerlegen Feststellungen von Beobachtern und Experten, dass sich ein wachsendes Segment von Muslimen im Raum zwischen Nordafrika und Indonesien dem „Kampf gegen den Westen“ verschrieben habe. Wenn es zutrifft, dass die Beantwortung der Frage nach der Entwicklung des politischen Islam (Islamismus oder Fundamentalismus) und damit auch nach der Entwicklung der Beziehungen zum Westen in den doppelten Koordinaten des Islam selbst sowie der Politik „des Westens“ verortet werden muss, dann muss zunächst geprüft werden, wo die politischen Sensibilitäten vieler Muslime mit Blick auf die Gegenwart liegen. Zwischen dem Islam als Religion, einer

Verbreitung des Islam



den Muslim leitenden Lebensregel und als Grundlage des islamischen Gemeinwesens gibt es einen engen Zusammenhang. Dass dieser Tatbestand nicht die Gleichsetzung von Religion und Staat bedeutet, ist immer wieder unterstrichen worden. Auch gibt es in den grundlegenden Texten des Islam keine Hinweise auf eine spezifisch „islamische“ Form politischer Verfasstheit, etwa das Kalifat. Vielmehr betonen islamische Reformer, dass der Islam durchaus auch mit Demokratie als zeitgemäßer Form der Regierung kompatibel sei. Gleichwohl empfindet ein Muslim für den Zustand seines Gemeinwesens eine in der Religion begründete Verantwortung. „Ihr seid die beste Gemeinde“ heisst es im Koran (Sure 3, Vers 110). Dies ist nicht nur religiös oder spirituell gemeint; in der Ansprache erhält der Vers die Aufforderung an den Gläubigen, die Vollkommenheit des Wortes Gottes auch im realen Erscheinungsbild der vom Islam geprägten Gemeinde sichtbar zu machen. Deren Zustand kann ihm nicht gleichgültig sein.

Marginalisierter Islam

Vor diesem Hintergrund ist die Geschichte der islamischen Welt in den vergangenen mehr als zwei Jahrhunderten problematisch verlaufen. Der Niedergang des Osmanischen Reiches ließ erkennen, dass Europa die „bessere“ Gemeinde geworden war. Auch andere Teile der islamischen Welt in Afrika, Zentralasien, Südasien und Südostasien gerieten unter europäische Kontrolle.

Das Selbstverständnis vieler Muslime und die politische Wirklichkeit standen in scharfem Gegensatz zueinander. Dies hat sich im 20. Jahrhundert weiter zugespitzt. Ein Symbol dafür, dass die Geschichte für die islamische Welt „falsch“ gelaufen ist, ist für viele Muslime die Staatsgründung Israels – eine Manifestation der anhaltenden und unwiderstehlichen Überlegenheit des Westens.

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts erscheint die islamische Welt weithin marginalisiert. Politisch im Wesentlichen als Rohstofflieferant bedeutungsvoll, sind islamische Staaten mehr Objekt internationaler Interessenpolitik als eigenständig gestaltende Akteure. Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verwerfungen im Innern zahlreicher islamischer Staaten nehmen zu; die mit der Globalisierung gegebenen Chancen gehen an weiten Teilen der islamischen Welt vorbei; vielen Regierungen fehlt eine durch das Volk vermittelte Legitimation. Bewaffnete Konflikte an den Rändern der islamischen Welt werden als Bedrohung wahrgenommen, so auf dem Balkan, in Tschetschenien oder in Kaschmir. Was also ist zu tun, um einen Weg zu beschreiten, der am Ende wieder – wenn nicht zur „besten Gemeinde“, so doch zu Ansehen und Respektabilität führen könnte? Das Selbstbewusstsein vieler Muslime schwankt zwischen Ohnmachtsgefühlen, Selbstaufgabe, Auflehnung, Hass und Aktionismus.

Dieser Befund allein ist noch nicht ausreichend, um zu erklären, wie es dazu kommen konnte, den Gewaltakt von Washington und New York in die

Koordinaten der islamischen Religion zu stellen. Dazu bedarf es eines Blickes auf die Geschichte der Begegnung zwischen dem Westen und der islamischen Welt seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts und der Gegenwart. Sie wird als weitgehend gewalttätig wahrgenommen. Die Dominanz Europas und – nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs – der USA war verbunden mit steter Ausübung von Gewalt. Die Kette der Gewalttätigkeit – so wird es weithin wahrgenommen – reicht in historischer Symbolik von der Schlacht bei den Pyramiden, dem Beginn der Napoleonischen Expedition (1798), bis zu dem 1953 von der CIA arrangierten Putsch gegen den iranischen Ministerpräsidenten Mohammed *Mosaddeq* im Interesse westlicher Politik im Kontext des Kalten Krieges.

Auch in dieser Wahrnehmung von Gewalt kommt Israel ein besonderer Stellenwert zu: Die anhaltende Besetzung der palästinensischen Gebiete seit 1967 erscheint bedeutsam. In dieses Bild scheint sich schließlich ein „Friedensprozess“ einzufügen, dessen Verlauf durch einen für die Palästinenser abnehmenden Anteil an Land, eine wachsende Zahl von Siedlungen im Westjordanland und schließlich den Verlust von Ost-Jerusalem als Hauptstadt eines palästinensischen Staates gekennzeichnet war.

„Beste Gemeinde“

Der Reflex tatsächlicher oder wahrgenommener Gewalttätigkeit in der Begegnung findet sich nicht erst in dem Anschlag vom 11. September wieder. Er kann in unterschiedlicher

Ausprägung in der Rhetorik und im Handeln islamistischer (fundamentalistischer) Kreise entdeckt werden. In neuerer Zeit lässt er sich beispielhaft in den Brutalitäten extremistischer Gruppen im Algerien der neunziger Jahre oder in Palästina erkennen. Vor diesem Hintergrund kann auch die Gewaltdimension in der Strategie der terroristischen Gruppe Al Khaïda als Reaktion auf eine als gewalttätig wahrgenommene Interaktion in der Geschichte verstanden werden. In dieser Perspektive erscheint der 11. September als Befreiungsschlag: Aus dem Gefühl tiefer Verunsicherung, das die Geschichte in vielen Muslimen erzeugt hat, wird im Gewaltakt gegen „den Westen“, verkörpert in der global präsenten Supermacht USA, wieder eine „eindeutige“ Identität generiert. Die Erfahrung der Verwundbarkeit der Vereinigten Staaten wird als Wendepunkt angesehen, von dem aus sich die islamische Gemeinde (*umma*) wieder auf den Weg machen kann, den Widerspruch zwischen der Vision von der „besten Gemeinde“ und der deprimierenden Wirklichkeit aufzulösen.

So ist die islamische Rechtfertigung des Gewaltakts nicht mit „dem Islam“ als einer Religion, der mehr als eine Milliarde Menschen angehören, gleichzusetzen. Gleichwohl aber ist er vor dem Hintergrund eines dem Islam eigenen unauflöselichen Aufeinanderbezogenenseins der Dimensionen des Glaubens und der gesellschaftlichen und politischen Existenz eines Muslims zu verstehen. Nicht Unterschiede oder Gegensätze des Glaubens sind es, die die Feindseligkeit erzeugen. Vielmehr gründet sie in

den politischen Fehlentwicklungen im Verhältnis zwischen der islamisch geprägten Welt und dem Westen. Auf den Islam in seiner doppelten Eigenschaft, d.h. als Glaube und Lebensregel bzw. Vision vom Zustand der Gesellschaft, kann Bezug genommen werden, wenn es darum geht, diese Fehlentwicklungen zu korrigieren. Die Religion kann dann zur politischen Agenda umgedeutet werden. Dies nicht zuletzt vor dem Hintergrund, dass sich säkulare, dem Westen entlehnte Ideologien als ungeeignet erwiesen haben, in den Beziehungen zwischen dem Westen und der islamischen Welt eine Wende zu bewegen. Insofern sind auch Ideologie und Praxis der Al Khäida nicht neu. Unter schiitischem Vorzeichen und ungleich systematischer sind sie Bestandteil der religiös-politischen Ideologie von Ajatollah Ruhollah *Khomeiny* und der Politik in den ersten Jahren der von ihm gegründeten Islamischen Republik Iran gewesen.

Die Frage nach der Qualität des Islam, die das Erscheinungsbild des Raumes zwischen Nordafrika und Indonesien prägen wird, wird also ganz wesentlich im politischen Raum beantwortet. Sie hängt konkret ab von der Antwort, die der Westen auf die Herausforderung des 11. September geben wird. Wird die Verbrechensbekämpfung auf die Dimension der Gewaltausübung gegen alle jene konzentriert, die im Urteil westlicher Mächte „Terror“ ausüben oder diesen unterstützen? Oder wird erkannt, dass jenseits des Terrorakts selbst der Boden zu bearbeiten ist, auf dem Gewalttätigkeit und Terror wachsen? Diese Frage

hat zwei Facetten: eine sorgfältige Prüfung regionaler und lokaler Konflikte und Krisen, in denen Terror zum Instrument wird, um politische Ziele durchzusetzen; zum andern die kritische Selbstprüfung, wo die Wurzeln jener historischen Fehlentwicklungen liegen, aus denen heraus das Gefühl des Hasses unter so vielen Muslimen erwachsen konnte, dessen perverstester Ausdruck die Ereignisse von Washington und New York sind.

Der Kampf des Westens gegen den Terror

Die Bekämpfung der Phänomene des Terrors, wie er vor allem von der amerikanischen Regierung wahrgenommen wird, ist geeignet, eine immer breitere Öffentlichkeit in Teilen der islamischen Welt zu radikalisieren. Dies wird die Bereitschaft steigern, auch mit Gewalt „den Westen“ und diejenigen, die in den islamischen Gesellschaften selbst diesem zugeordnet werden, zu bekämpfen. Bemerkenswert ist ja, dass der Kampf gegen die Taliban durchaus nicht jenes Ausmaß an Emotionen hervorgebracht hat, das manche Beobachter vorhergesagt hatten.

Das weitere Vorgehen gegen Terroristen, soweit diese innerhalb der und aus der islamischen Welt heraus operieren, muss darauf beruhen, zu nachvollziehbaren Kriterien der Definition von „Terror“ und „Terrorist“ zu gelangen. Der Terror wurzelt in der Regel in komplexen Krisen, die sich in der Region zwischen Nordafrika und Indonesien über Jahrzehnte herausgebildet haben. Sie haben mit regionalen Kon-

flikten, innerstaatlichen ethnischen Problemen oder ganz allgemein Demokratiedefiziten zu tun. Die Lösung des Terrorproblems ist also von der Lösung politischer Probleme nicht zu trennen. Dies gilt in besonderer Weise für das israelisch-palästinensische Verhältnis. Die Gleichsetzung des Terrorakts, der *Bin Laden* zugeschrieben wird, mit palästinensischem Terror und palästinensischer Gewaltausübung durch den israelischen Ministerpräsidenten Ariel Sharon ist fatal, denn ihre Bekämpfung durch die israelische Armee ausschließlich mit militärischen Mitteln hat zur Radikalisierung der Palästinenser und zur Eskalation von Gewalt geführt. Dass Washington dieser „Strategie“ nicht durch Perspektiven politischer Lösungen entgegengetreten ist, hat weit über Palästina hinaus den Hass auf die USA verschärft, *Bin Ladens* Popularität gesteigert und die Bekämpfung des Terrors durch die USA in der islamischen Welt weithin als fragwürdig erscheinen lassen. Dies ist Wasser auf die Mühlen der Islamisten.

Die Bekämpfung des Terrors ist also eine gemeinsame Aufgabe aller Betroffenen, keine unilaterale Agenda. Jenseits dieser politischen Dimension stellt sich die Frage, was in den Beziehungen zwischen dem Westen und der islamischen Welt „falsch gelaufen“ ist, so dass es nicht nur zum 11. September kommen konnte, sondern dass darüber noch weithin Genugtuung empfunden werden kann. Das Stichwort für diese langfristige Perspektive der Abarbeitung des Verbrechens ist der „Dialog der Kulturen“. Damit aber kann nicht ein unverbindlicher Aus-

tausch von Positionen bzw. Forderungen an die jeweils andere Seite gemeint sein. Am Anfang steht vielmehr eine radikale und mutige Selbstkritik auf beiden Seiten. Unter Muslimen muss die Einsicht Platz greifen und artikuliert werden, dass die vom Westen, d.h. von Europa und den USA, geprägte Moderne in ihren politischen, wirtschaftlichen (Stichwort: Globalisierung) aber auch zivilisatorisch-kulturellen Aspekten eine weltweit dominierende Realität ist. Es geht nicht an, sich davor in das Schneckenhaus der Tradition zurückzuziehen oder „dem Westen“ alle Misslichkeiten zuzuschreiben, die weite Teile der islamischen Welt so sichtbar nicht nur hinter diesen, sondern auch zum Teil hinter den Osten – die buddhistisch, hinduistisch oder konfuzianisch geprägten Teile der Welt – hat zurückfallen lassen. Das Ziel dieser Auseinandersetzung ist nicht Anpassung oder Gleichschaltung, sondern die Wiederengewinnung eines Raumes, innerhalb dessen unabwiesbare Elemente der Moderne im 21. Jahrhundert mit einer religiös geprägten Tradition vereinbart werden.

Selbstkritik

Der Westen muss selbstkritisch erkennen, dass der Respekt vor anderen Kulturen die komplementäre Dimension der globalen Verbreitung „seiner“ Moderne ist. Dies gilt in besonderer Weise für den im Hinblick auf die eigene Stellung in der Welt so sensiblen islamischen Raum. Die Einsicht, dass bei allen Unterschieden der

Stellung von Kulturen und Zivilisationen in der Welt die Menschen aller Kulturen und Religionen ein Recht auf die Gestaltung ihrer eigenen gesellschaftlichen und politischen Ordnung, ihrer Wertesysteme und geistigen Grundlagen ihrer Ordnungen haben, ist die essenzielle Basis eines friedfertigen Auskommens zwischen dem Westen und anderen Kulturen und Zivilisationen.

Islam und Moderne

In der Diskussion der letzten Jahrzehnte um eine „islamische“ Ordnung als Alternative zu westlichen Ordnungen ist das Thema „Säkularisierung“ weitgehend tabuisiert worden. Erst in Iran ist es seit Mitte der neunziger Jahre aufgegriffen worden. In den leidenschaftlich und mutig geführten Diskussionen um das Verhältnis von Islam und Demokratie sind die Stimmen derer lauter geworden, die mit Blick auf die Reform des Systems der Islamischen Republik die Öffnung säkularer Freiräume für unerlässlich halten. Welchen Kompromiss zwischen Islam und Moderne wird es geben? Der iranische Präsident *Khatami* sprach bei seinem Besuch in Weimar am 12. Juli 2000 von der Notwendigkeit der Kritik von Tradition und Moderne: Man könne sich weder der Tradition noch der Moderne unterwerfen, aber auch nicht die eine der anderen opfern. Die Errichtung der Islamischen Republik sah er im Lichte der Lösung des Spannungsverhältnisses von Tradition und Moderne; die „neue religiös-gesellschaft-

liche Ordnung“ sei in Iran etabliert worden, um auf die sich immer erneuernden Bedürfnisse und Fragestellungen des heutigen Menschen Antworten zu finden. Dies ist der Gegenstand des anstehenden Dialogs, der jenseits der Verbrechensbekämpfung mit militärischen Mitteln angesichts der Tiefendimension des 11. September geführt werden muss, um langfristig aus der Geschichte resultierende Fehlentwicklungen zu korrigieren und die Beziehungen auf eine neue Grundlage zu stellen.

Die Befürchtung, dass die weiteren Schritte bei der Bekämpfung des Terrors den Westen wieder als „Kreuzritter“ erscheinen lassen, ist nicht unbegründet. Präsident George W. *Bush* selbst hat das Wort vom „Kreuzzug“ als Antwort auf den 11. September gebraucht. Kann man nicht – so wurde gefragt – gegen den Terror sein und doch in der Strategie, diesen zu bekämpfen oder ihm den Boden zu entziehen, andere Wege beschreiten als die Vereinigten Staaten? Nahezu einhellig wird zwischen Rabat und Jakarta die Auffassung vertreten, dass es mit Blick auf das gemeinsame Ziel, den Terror zu bekämpfen, ungleich wichtiger sei, endlich einen gerechten Ausgleich zwischen Israelis und Palästinensern herzustellen, als Saddam *Hussein* gewaltsam aus dem Amt zu entfernen. Der Hass auf die USA ist in dem Maße dramatisch gewachsen, in dem *Bush* der Feststellung des israelischen Ministerpräsidenten *Sharon* nicht widersprach: was dem einen sein *Bin Laden*, sei dem anderen sein *Arafat*. Weithin herrscht die Vermutung, dass *Bush* eine Politik *Sha-*

rons unterstützt, den palästinensischen Anspruch, der in einem eigenen Staat an der Seite Israels zum Ausdruck käme, zu delegitimieren. Dass gleichzeitig Irak auf die Agenda der Terrorbekämpfung gesetzt wird, erscheint Vielen als Fortsetzung jener Willkür und Arroganz, die bereits in der Vergangenheit den Hass auf die Vereinigten Staaten geschürt haben und die an der Wurzel der Ungeheuerlichkeit vom 11. September stehen.

Die Frage nach der Qualität des Islam im Hinblick auf die Beziehungen der islamischen Welt zum Westen führt einmal mehr in den politischen Raum. Nur wenn die Bekämpfung des Terrors als kollektive Aufgabe verstanden wird, bei deren Erfüllung die Prinzipien nachvollziehbar sind und die Empfindlichkeiten aller Beteiligten Berücksichtigung finden, wird es zu einem gemeinsamen Verständnis von Terror kommen und wird die islamische Welt zu einem Kampf gegen den Terror zu gewinnen sein. Eine einseitig in Washington aufgestellte Agenda wird den Hass steigern; der Islam wird sich dann weiterhin als ideologisches Konzept manipulieren lassen, um Gewaltausübung zu rechtfertigen.

Die bislang erkennbare Strategie hat darüber hinaus politischen Trittbrettfahrern Chancen eröffnet, auf ihre Weise mit politischen Herausforderungen umzugehen. Dem israelischen Ministerpräsidenten *Sharon*, der den Umgang mit Palästinenserführer *Yasser Arafat* in die Perspektive der Terrorbekämpfung gerückt hat, sind andere gefolgt, die die Gelegenheit nutzen, den Umgang mit der Op-

position in ihrem Land und mit anderen politischen Gegnern als Teil der Terrorbekämpfung erscheinen zu lassen. Das Dilemma ist offenkundig: Terrorbekämpfung in distanzloser Allianz mit den Herrschenden steht einer beharrlich vertretenen Grundposition amerikanischer und europäischer Politik entgegen, innere politische Probleme – nicht zuletzt auch mit ethnischen und religiösen Minderheiten – demokratisch zu lösen. Aus dem Abblocken von Minderheiten aber, ihren Forderungen Gehör zu verschaffen, sind in der Vergangenheit nicht selten auch Gewalt und Terror hervorgegangen.

Alternativen

Alternativen zu einem militanten Islamismus waren vor dem 11. September durchaus zu erkennen. Um nur ein signifikantes Beispiel zu nennen: Im Dezember 1999 wurde der Türkei der Status des Kandidaten auf Vollmitgliedschaft in der EU zugebilligt. Es ist kaum zu ermessen, welche Auswirkungen auf die Ausprägung des Islam die Tatsache haben wird, dass ein vom Islam geprägtes Land „europäisch“ ist wie die Länder, die sich noch immer als „christliches Abendland“ verstehen. Teil des Wandlungsprozesses des EU-Mitglieds Türkei wäre die Integration eines Islam in eine demokratische Ordnung, der sich selbst als demokratisch verstehen würde. Der Anschlag zu politischem und gesellschaftlichem Wandel, auch unter dem Aspekt des Stellenwerts der Religion für die Verfasstheit der isla-

mischen Nachbarn der Türkei, dürfte kaum hoch genug einzuschätzen sein.

Auch unter den Islamisten im arabischen Raum sind seit einigen Jahren Bemühungen festzustellen, das Verhältnis von Islam und Gesellschaft neu zu bestimmen. Ausgangspunkt ist die Einsicht, dass der bewaffnete Kampf gegen die Systeme die islamistische Bewegung in die Sackgasse geführt hat. Nicht nur ist es nicht gelungen, die an der Macht befindlichen Regime nachhaltig zu treffen; vielmehr haben diese mit Gewalt geantwortet und schließlich die militanten Gruppen soweit zerschlagen, dass sie gegenwärtig keine ernsthafte Bedrohung mehr darstellen. Zugleich hat sich die Mehrheit der Bevölkerung, die von den Gewalttaten betroffen war, von ihnen distanziert. Der konzeptionelle Neuanfang ist mit dem Bemühen verbunden, politische Parteien mit islamistisch geprägten Programmen einzuführen. Wie bei den iranischen Reformen geht es zum Beispiel auch in Ägypten darum, eine realitätsbezogene Kompromissformel zwischen den beiden gegensätzlichen Strömungen Bewahrung und Reform zu finden. Weder die Gewalt noch die umfassende Ablehnung moderner Gesellschaftsstrukturen werden länger als überzeugende und realistische Alternativen gesehen. Damit tritt für einen Teil der arabischen Islamisten vor allem die Demokratie als Rahmen eines Lebens- und Politikentwurfs neben anderen in das Blickfeld – eine Demokratie mithin, die man als „westliches“ Gegenstück einer „islamischen“ Ordnung bis dahin verworfen hatte.

Diese Trends sind für den innerislamischen Diskurs vor dem 11. September weitaus bedeutsamer gewesen als die Suche nach der Rechtfertigung anhaltender Gewalt mit dem Ziel, Regime zu verändern, deren Legitimation nicht zuletzt durch ihre Nähe zum „Westen“ herausgefordert wurde. Das Afghanistan der Taliban, Ideologie und Aktionismus der Al Khaida und die Gewalttat vom 11. September sowie seine Rechtfertigung sollten eher als Ausnahme gesehen werden, die die Regel bestätigt. Dies um so mehr, als der iranische Präsident *Khatami* mit seinem Angebot eines „Dialogs der Kulturen“ auch in der islamischen Welt auf Gehör gestoßen war – immerhin hatten die Vereinten Nationen – nicht zuletzt auf diese Initiative hin – das Jahr 2001 zum Jahr des „Dialogs der Kulturen“ erklärt.

Mit Blick auf die Gestaltung der Beziehungen zwischen beiden Seiten sollte an diese Entwicklungen angeknüpft werden. Gewaltanwendung bei der Eliminierung des Terrors kann nur eine Schiene der Antwort auf die Herausforderung vom 11. September sein. Ohne in den in der islamischen Welt weithin so populären Trend einzufallen, alles Böse der anderen Seite anzulasten, sei gleichwohl festgestellt, dass der Westen in seiner Nachbarschaft (und darüber hinaus) denjenigen Islam erhält, den er verdient. Wenn die Vereinigten Staaten den Weg der Gewalt vorziehen, sollte Europa eine Alternative bieten: im Dialog über die Blockaden hinwegzukommen, die zu wechselseitiger Verständnislosigkeit und Hass geführt haben und auch weiterhin führen können.